

Insgesamt wurden 20 Strafgefangene wegen staatsfeindlicher Hetze in Bearbeitung genommen.

16 von ihnen sind Antragsteller auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR.

In diesem Zusammenhang ist beachtlich, daß sich unabhängig voneinander Strafgefangene der StVE Bautzen und Riesa zu Gruppen zusammenschlossen und versuchten, Verbindung zu feindlichen Einrichtungen im westlichen Ausland aufzunehmen - wie BND, "Radio Liberty", "Radio Freies Europa", "Arbeitsgemeinschaft 13. August" sowie Massenmedien - und Hetzschriften zu übermitteln, in denen angeblich menschenunwürdige Bedingungen in Strafvollzugseinrichtungen der DDR behauptet und der Einsatz einer internationalen Kommission zu ihrer Untersuchung gefordert wurde.

Dazu wurden Exportbeziehungen des VEB Wittol, zu dem Strafgefangene in Bautzen durch Einsatz in Arbeitskommandos Zugang hatten, sowie die Entlassung von Mithäftlingen in die BRD bzw. nach Westberlin ausgenutzt.

Eine Gruppe Strafgefangener in Bautzen hatte vorgesehen, daß ein Staatenloser nach seiner bereits bekanntgegebenen und unmittelbar bevorstehenden Entlassung nach Westberlin Kontakt zu feindlichen Einrichtungen aufnimmt, anläßlich von Hetzkundgebungen in Westberlin öffentlich auftritt und darüber hinaus im Zusammenwirken mit westlichen Massenmedien über die von dieser Gruppe Strafgefangener während des IX. Parteitages begangenen sowie für die Zeit des 15. Jahrestages der Sicherung der Staatsgrenze und der Volkswahlen geplanten Provokationen (Hungerstreiks) berichtet.

Sie verfolgten in allen Fällen damit das Ziel, die gegen die DDR betriebene Hetze zu forcieren, die DDR international zu diskriminieren und ihre eigene Ausweisung in die BRD zu erpressen.

Eine Reihe Strafgefangener trat nach ihrer Entlassung in die BRD auf Hetzkundgebungen sowie in Massenmedien der BRD mit wüster Hetze gegen die DDR, insbesondere durch Diskriminierung